



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Petra Guttenberger, Thomas Huber, Matthias Enghuber, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Dr. Stephan Oetzingler, Dr. Franz Rieger, Andreas Schalk, Josef Schmid, Sylvia Stierstorfer, Karl Straub, Walter Taubeneder** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Familien als Zukunft unserer Gesellschaft stärken – gute Familienpolitik statt ideologischer Kampfbegriffe

Der Landtag wolle beschließen:

Familien sind nach wie vor die Grundlage unserer Gesellschaft. Sie sorgen für die Zukunft unseres Staates. Der Landtag begrüßt die vielfältigen Maßnahmen, die die Staatsregierung zur Stärkung der Familien auf den Weg gebracht hat. Statt ideologische Kampfbegriffe zu diskutieren, ist es wichtig, jungen Familien praktisch zu ermöglichen, ihr Leben nach ihren Vorstellungen zu gestalten.

Wir fordern die Staatsregierung auf, diesen Weg konsequent weiterzuverfolgen.

In diesem Zusammenhang lehnt der Landtag begriffsideologische Debatten ab, die in irrationaler Weise die Begriffe „Mutter“ und „Vater“ durch Kunstbegriffe „Elternteil 1“ und „Elternteil 2“ ersetzen wollen. Wenn es heute auch verschiedene Lebensentwürfe gibt, Grundpfeiler unserer Gesellschaft ist und bleibt die besondere Beziehung zu Mutter und Vater. Mit Begriffsdebatten darf nicht von der Aufgabe abgelenkt werden, die Familie praktisch zu stärken und Mütter und Väter zu unterstützen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

Der Landtag fordert daher die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Dr. Franziska Giffey auf, die Empfehlung, die Begriffe „Mutter“ und „Vater“ durch „Elternteil 1“ und „Elternteil 2“ zu ersetzen, zurückzunehmen.

Begründung:

Bayern ist das Familienland Nr. 1. Der Freistaat unterstützt seine Familien in ihrer Vielfalt wie kein anderes Land, z. B. mit dem Bayerischen Familiengeld oder der Ausweitung der Beitragsentlastung im Kindergarten. Das Ziel bayerischer Politik ist, dass Kinder unabhängig von dem Familienmodell, in dem sie aufwachsen, die besten Startbedingungen haben. Dies muss auch auf Bundesebene im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Fokus stehen. Die Schaffung ideologisch motivierter Kunstbegriffe wie „Elternteil 1“ und „Elternteil 2“ ist ein Irrweg, der vom eigentlich Notwendigen, der Stärkung der Familien und der Elternverantwortung, ablenkt.